

## D1 Gemeinsam gegen den Hass (Dringlichkeitsantrag)

Antragsteller\*in: Andreas Katz (KV Ludwigslust-Parchim)

Tagesordnungspunkt: 4. Freiheit! Aber sicher.

### Antragstext

#### 1 Zu den Morden und dem Attentat auf die Synagoge 2 in Halle

3 Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern sind zutiefst erschüttert über  
4 den Mord an zwei Menschen und den versuchten Anschlag, der sich gegen die  
5 Angehörigen der jüdischen Gemeinde in Halle richtete. Nur eine stabile Tür und  
6 die Unfähigkeit des Attentäters haben ein Massaker unter den zahlreichen  
7 Menschen verhindert, die zusammengekommen waren, um den höchsten jüdischen  
8 Feiertag, Jom Kippur, das Versöhnungsfest, zu begehen. Das ist ungeheuerlich.  
9 Wir stehen in gemeinsamer Trauer und Solidarität mit den Angehörigen der  
10 Mordopfer und mit der angegriffenen Gemeinde, und wir teilen die Erschütterung  
11 und Wut aller gerechten Menschen, dass dies in Deutschland möglich war und  
12 geschehen ist.

13 Diese Tat muss Folgen haben, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Wir begrüßen, dass  
14 nun endlich Bewegung in die lange beschlossene Bestellung eines oder einer  
15 Antisemitismus-Beauftragten kommt und dass auch der Innenminister auf die Tat  
16 mit einer besseren Sicherung jüdischer Einrichtungen und anderen Maßnahmen  
17 reagiert. Dass jüdisches Leben in Deutschland noch immer nicht frei von  
18 Bedrohungen möglich ist und antisemitische Straftaten sogar zunehmen, darf  
19 niemals hingenommen werden, so wenig wie die Bedrohung irgendeines Menschen  
20 aufgrund von Religion, Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder anderer  
21 Gruppenmerkmale, die den Rechtsextremisten verhasst sind. Auch wer sich für  
22 Flüchtlinge und gegen rassistische Ausgrenzung einsetzt oder die rechtsextreme  
23 Bedrohung beim Namen nennt, muss mit Beschimpfungen und Bedrohungen bis hin zu  
24 Morddrohungen rechnen. Gewalt und Hass in der virtuellen Welt sind auch real,  
25 virtuelle und reale Welt verschränken und bestärken sich gegenseitig auch in  
26 Hass und Zerstörung. Worte und Bilder des Hasses werden früher oder später zu  
27 Taten. Wer Hass sät, wo auch immer, wird zum Mittäter.

28 Aus unserer Sicht haben die Sicherheitsbehörden in Land und Bund den Gefahren  
29 des gewaltbereiten Rechtsextremismus lange zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.  
30 Dass der ungeheuren Verrohung der Sprache in rechtsextremen Zusammenhängen auch  
31 Taten folgen und Neonazis, Reichsbürger und andere gewaltbereite Organisationen  
32 zunehmend das Internet nutzen, um sich zu vernetzen und Menschen aufzuhetzen,  
33 wurde lange Zeit unterschätzt und verharmlost. Volksverhetzung und Gewaltaufrufe  
34 im Netz und in der realen Öffentlichkeit müssen konsequent verfolgt und zur  
35 Anzeige gebracht werden.

36 Es ist aus unserer Sicht leicht zu erkennen, dass die Verrohung des  
37 gesellschaftlichen Klimas mit dem Aufstieg der AfD Hand in Hand geht. Die AfD  
38 wird zunehmend zum Sammelbecken aller möglichen rechtspopulistischen und  
39 rechtsextremen Strömungen. Hass und Hetze im Netz werden auf ihren Seiten nicht  
40 nur hingenommen, sondern aktiv verbreitet. Die AfD duldet immer wieder  
41 Rechtsextremisten in ihren Reihen und in Spitzenpositionen. Parteiausschlüsse

42 werden pro forma ausgesprochen, aber real ignoriert. So ist der ausgeschlossene  
43 frühere Landesvorsitzende Dennis Augustin dennoch AfD-Fraktionsvorsitzender im  
44 Kreistag Ludwigslust-Parchim. Landtagsabgeordnete wie Enrico Komning oder Ralph  
45 Weber propagieren offen die Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung und  
46 treten unbefangen mit PEGIDA-Vertretern als Verbündeten auf. Ihre Sprache ist  
47 ausgrenzend, oft hasserfüllt und menschenverachtend. Sie schüren aus politischem  
48 Kalkül Angst und Verachtung. Sie propagieren „Mut zur Wahrheit“ und doch ist  
49 ihnen keine Lüge zu schade, um Menschen gegen Menschen aufzuwiegeln. Sie  
50 wiederbeleben die Sprache des dritten Reiches und die faschistische Ideologie  
51 der Ungleichheit. Sie schaffen damit eine Atmosphäre, in der sich Menschen zu  
52 Hassposts und Morddrohungen und am Ende zur Tat ermutigt fühlen. Eine  
53 Zusammenarbeit von Demokraten mit dieser Partei darf es auf keiner politischen  
54 Ebene geben.

55 Die Mehrheit der Anständigen muss sich der Gefahr des zunehmenden Antisemitismus  
56 und anderer Formen von Hass und Menschenfeindlichkeit für den Zusammenhalt der  
57 Gesellschaft bewusst werden und sich wirksam zur Wehr setzen. Wir stehen umso  
58 entschiedener ein für eine Stadt, ein Land, eine Welt, in der Verschiedenheit  
59 des Glaubens, der Kultur, der Sprache, der Sexualität, der Hautfarbe nicht Hass,  
60 sondern Respekt und Neugier bewirken, in der Zusammenhalt durch Zusammensein und  
61 Aufnehmen entsteht und nicht durch Abgrenzung und Fernhalten, und in der niemand  
62 Andere aufgrund ihrer Verschiedenheit zu Schuldigen seines Unfriedens machen  
63 kann. Dass wir in unserem Umfeld, in der Familie, in Schule und Ausbildung, im  
64 Job, in Medien und sozialen Netzen und nicht zuletzt in politischen Statements  
65 und Entscheidungen daran mitwirken, ist eine ständige Aufgabe aller Demokraten.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Unterstützer\*innen

Carmen Lange (KV Ludwigslust-Parchim); Ulrike Seemann-Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Claudia Schulz (KV Rostock); Sebastian van Schie (KV Vorpommern-Rügen)